Prof. Jeffrey Sachs im Interview – CIA-Operationen, Iran und Israel

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 16. April 2025 aus Kalamata, Griechenland. Ich freue mich sehr, heute wieder Professor Jeffrey Sachs von der Columbia University, Ökonom und geopolitischer Analyst, begrüßen zu dürfen. Von 2001 bis 2018 war er Sonderberater des UN-Generalsekretärs Kofi Annan. Außerdem war er Wirtschaftsberater des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und seines Nachfolgers, des russischen Präsidenten Boris Jelzin. Heute befindet er sich in den Straßen von Florenz, wo es einige ungewöhnliche Ablenkungen gibt. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

Jeffrey Sachs (JS): Es ist mir ein Vergnügen, bei Ihnen zu sein. Vielen Dank.

DL: Am vergangenen Wochenende haben Sie auf dem Antalya Diplomacy Forum eine viel beachtete Rede über die jüngste Geschichte Syriens und das Eingreifen der CIA in Syrien gehalten. Bevor ich Sie zu dieser Rede befrage, möchte ich Ihnen einen Auszug aus einem Bericht von Human Rights Watch über ein anderes Land in der Region vorlesen, nämlich Ägypten. Dieser Bericht wurde im September 2017 von Human Rights Watch unter dem Titel *Egypt's Assembly Line of Torture* (Ägyptens Fließband der Folter) veröffentlicht. In dem Bericht heißt es: „Unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi foltern ägyptische Polizeibeamte und nationale Sicherheitskräfte regelmäßig politische Häftlinge mit Techniken wie Schlägen, Elektroschocks, Stresspositionen und manchmal Vergewaltigungen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.“ Zwei Jahre später, auf einem Gipfeltreffen in Frankreich, bezeichnete Präsident Trump al-Sisi offen als seinen Lieblingsdiktator. Im September letzten Jahres kündigte die Biden-Regierung Militärhilfe in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar für Ägypten an und verzichtete auf die Auflagen zur Einhaltung der Menschenrechte in Bezug auf Ägypten. Um auf Syrien zurückzukommen: Uns wurde wiederholt versichert, dass die USA und andere westliche Mächte strenge Sanktionen gegen das Land verhängt und Teile davon bombardiert und besetzt hätten, zum Schutz der Menschenrechte. War Ihrer Meinung

nach die Menschenrechtsbilanz von Baschar al-Assad gravierender als die von Donald Trumps Lieblingsdiktator oder gar als die anderer Autokraten in der Region, wie beispielsweise der saudischen Monarchie?

JS: Ich beschäftige mich nicht mit einer solchen Frage. Ich befasse mich mit der Frage, inwieweit die USA Regierungen in anderen Ländern stürzen. Das ist die Politik, die ich ablehne. Und ich lehne ab, dass die USA der CIA die Rolle sogenannter Regimewechseloperationen zum Sturz anderer Regierungen zuweisen. Das habe ich in Antalya diskutiert. 2011 oder 2012, denn wir kennen bis heute nicht alle Details, forderte Obama im August 2011, dass Bashar al-Assad gehen müsse. Meiner Meinung nach ist das eine falsche Politik der Vereinigten Staaten. Uns ist bekannt, dass offenbar 2012 die Anweisung an die CIA im Rahmen der Operation Timber Sycamore erteilt wurde, Assad zu stürzen. Dies führte im Wesentlichen zu 14 Jahren massiven Blutvergießens und zum Tod von etwa 600.000 Menschen. Es handelt sich um Dutzende von US-Operationen zum Regimewechsel, und genau das lehne ich ab. Ich bin nicht der Meinung, dass die Vereinigten Staaten andere Regierungen stürzen sollten.

DL: Vor etwa zwei Wochen, bei einem Treffen zwischen Benjamin Netanjahu und Präsident Trump im Weißen Haus, hatte Benjamin Netanjahu Gelegenheit, sich zur Präsenz türkischer Streitkräfte in Syrien zu äußern. Er deutete an, ebenso wie kürzlich in einem Kommentar in der Jerusalem Post, dass die Präsenz türkischer Streitkräfte in Syrien eine Sicherheitsbedrohung für Israel darstelle. Wie beurteilen Sie die Ziele der türkischen Regierung in Bezug auf Syrien, und glauben Sie, dass diese eine Sicherheitsbedrohung für Israel darstellen, wie es die israelische Regierung behauptet?

JS: Meiner Meinung nach stellt Israel die größte Bedrohung in der Region dar. Es tötet Palästinenser in großer Zahl. Es lehnt jede Art von Zweistaatenlösung ab und besetzt derzeit Teile des Libanon und Syriens. Es hat wiederholt Kriege der USA in der gesamten Region geschürt. Daher denke ich, dass die große Herausforderung im Nahen Osten darin besteht, dass der offensichtliche Weg zum Frieden, wie ihn die Arabische Friedensinitiative seit 23 Jahren verdeutlicht, wie ihn die Saudis verdeutlicht haben, wie ihn die Organisation für Islamische Zusammenarbeit verdeutlicht hat, in der Existenz eines palästinensischen Staates neben dem Staat Israel besteht. Das ist internationales Recht. Das ist seit Jahrzehnten die Politik des UN-Sicherheitsrats. Aber die Regierung von Benjamin Netanjahu widersetzt sich dem. Sie fordert, dass es niemals einen palästinensischen Staat geben wird, dass Israel über das gesamte Gebiet herrschen wird, dass Israel den Gazastreifen unbewohnbar machen wird. Israel hat in den letzten Jahren Zehntausende unschuldiger Zivilisten getötet, und das ist meiner Meinung nach der Grund, warum kein Frieden im Nahen Osten besteht.

DL: In derselben Sitzung sprach Benjamin Netanjahu das Thema Iran an und führte das Beispiel Libyen an, wobei er sagte, dass er eine diplomatische Lösung, wie sie im Fall Libyen gefunden wurde, gegenüber der Frage der Atomwaffen bevorzuge. Als ich diese Äußerung hörte, Professor Sachs, konnte ich mir, angesichts der späteren Ereignisse in Libyen, nicht vorstellen, dass sie großes Vertrauen bei der iranischen Regierung wecken würde. Können Sie etwas zu den Zielen der Trump-Regierung in Israel in Bezug auf diese laufenden

Verhandlungen sagen? Wir hören, dass es um den Erwerb von Atomwaffen geht, aber die US-Geheimdienste haben in ihrer Bedrohungsanalyse für 2025 erklärt, dass sie nicht glauben, dass die iranische Regierung nach Atomwaffen strebt. Geht es also wirklich um Atomwaffen? Oder steckt mehr dahinter? Und glauben Sie, dass die US-Regierung ihre Ziele in diesen Verhandlungen erreichen wird?

JS: Wir haben bereits erfolgreiche Verhandlungen mit dem Iran über die Beendigung seines Atomwaffenprogramms geführt. Das Abkommen hieß JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action) und wurde 2016 von den Vereinigten Staaten, dem Iran und mehreren anderen Ländern vereinbart. Donald Trump hat es 2017 unter dem Druck der Israel-Lobby und Netanjahu aufgekündigt. Wir hatten also bereits ein Abkommen. Jetzt ist von neuen Verhandlungen die Rede. Netanjahu möchte, dass die Vereinigten Staaten gegen den Iran in den Krieg ziehen. Dies könnte möglicherweise der Auslöser für den Dritten Weltkrieg sein. Netanjahu ist ein Kriegstreiber, ein Kriegsfanatiker. Er möchte im Grunde genommen, dass der gesamte Nahe Osten unterworfen oder vernichtet wird, damit Israel keine Herausforderungen für seine Politik eines Großisraels hat. Meiner Meinung nach ist dies das Gegenteil der weltweiten Interessen und das Gegenteil der Interessen der USA. Israel ist also daran interessiert, einen Angriff der USA auf den Iran zu provozieren. Das Interesse der USA sollte darin bestehen, einen Frieden mit dem Iran zu finden, bei dem es kein Atomprogramm gibt, aber Sicherheit für den Iran und Sicherheit für die Zweistaatenlösung für Palästinenser und Israelis. Das sollte das Ziel sein. Es ist durchaus erreichbar. Es ist jedoch nicht das Ziel von Netanjahu.

DL: Glauben Sie, dass die Regierung versuchen wird, eine Art Abbau der konventionellen ballistischen Raketenkapazitäten des Iran zu erreichen, sowie Zusicherungen, dass der Iran keine Widerstandsgruppen in der Region unterstützen wird?

JS: Das sind Verhandlungspunkte. Der Iran wird sich nicht schutzlos hingeben, und die so genannte libysche Lösung besteht darin, ein Land zur Aufgabe seines Atomprogramms zu zwingen und es dann zu bombardieren. Die libysche Lösung ist also keine Lösung. Ich weiß nicht, ob Netanjahu das mit seinem bösartigen Grinsen oder seiner Grausamkeit oder Stupidität gesagt hat. Die Bedeutung dieser Aussage ist mir nicht ersichtlich, aber die so genannte libysche Lösung ist klar ersichtlich. Libyen stand auf Netanjahus Liste der Länder, gegen die die Vereinigten Staaten Krieg führen sollten. Die Vereinigten Staaten haben Israels Befehl ausgeführt. Sie sind gegen Libyen in den Krieg gezogen. Das Ergebnis ist seit 2011 anhaltendes Chaos in diesem Land. Das ist Netanjahus Rezept. Es herrscht Chaos in Libyen, Somalia, Sudan, Libanon, Syrien, Irak, vielleicht etwas weniger, aber über einen langen Zeitraum hinweg herrscht Chaos. Und das ist die Strategie von Netanjahu. Ich persönlich halte das für das Gegenteil der außenpolitischen Interessen der USA, aber die Israel-Lobby ist sehr stark.

DL: Ich möchte Ihnen eine hypothetische Frage stellen, Professor Sachs, und mir ist bewusst, dass dies eine komplexe, schwierige Frage ist, aber ich halte es für aufschlussreich, Ihre Meinung dazu zu hören. Nach dem Ersten Weltkrieg entsandte die Regierung von Woodrow Wilson zwei prominente Amerikaner namens King und Crane in die arabische Region, um

die Stimmung hinsichtlich der Aufteilung der Gebiete des Osmanischen Reiches zu erfassen. Sie stellten nicht nur fest, dass es überwältigende Ablehnung für dieses Projekt gab, sondern auch, dass die Forderung nach einem vereinigten Ostarabien, das Jordanien, Palästina, Syrien und den Libanon umfasst hätte, noch stärker war. Vor diesem Hintergrund würde mich Ihre Meinung zu folgender Frage interessieren: Wenn die US-Regierung und andere westliche Regierungen tatsächlich eine Politik der strikten Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westasiens verfolgen würden – also beispielsweise keine Militärstützpunkte mehr, keine Wirtschaftssanktionen, keine Militärhilfe für undemokratische Regime –, welche Ländertypen würden Ihrer Meinung nach entstehen, wenn die Menschen die Möglichkeit hätten, Gesellschaften nach ihren Vorstellungen zu gestalten? Welche Art von Region würde Ihrer Meinung nach aus einer Politik der Nichteinmischung des Westens entstehen?

JS: Grundsätzlich ist zu verstehen, dass der Nahe Osten, wie so viele Probleme in der Welt, eine Folge des britischen Empire ist. Großbritannien versprach dasselbe Gebiet dreimal: den Arabern in den McMahon-Briefen an Frankreich, im Sykes-Picot-Abkommen und den Juden in der Balfour-Erklärung. Das ist typisch britische Täuschung. Und an so vielen Orten der Welt, nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Ostasien und Afrika, zeigt sich das lange Erbe des britischen Empire. Wir haben also ein Jahrhundert altes Chaos. Im Grunde genommen hat Großbritannien nach dem Versailler Vertrag von 1919 die gesamte Region manipuliert. Es hat niemals wirklich souveräne Staaten zugelassen. Frankreich hat seine imperialistische Aufgabe ebenfalls erfüllt. Nach 1945 waren die Vereinigten Staaten das dominierende Imperium in der Region. Diese Staaten hatten nie die Möglichkeit, ihre eigene Souveränität und ihre eigenen Regierungen aufzubauen, und die arabische Welt konnte sich nie auf kohärente Weise zusammenschließen. Als arabische Führer wie Gamal Nasser in den 1950er und 1960er Jahren zur arabischen Solidarität aufriefen, wurden sie natürlich zu Feinden der Vereinigten Staaten. Imperien wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten teilen, um zu herrschen. Das ist natürlich ein 2000 Jahre altes Prinzip. Es reicht noch weiter zurück, wurde aber von den Römern als „Divide et Impera“ (Teile und herrsche) formuliert, und das ist die Strategie der USA: Niemals wirklich eine Solidarität von der Basis heraus zulassen, immer Spaltungen schaffen. Immer versuchen, das eine oder andere Land auszugrenzen.

Wenn es also eine Demokratie gibt, versuchen die Vereinigten Staaten, sie zu stürzen, wie sie es 1953 im Iran getan haben. Das hat nichts mit Demokratie oder Nicht-Demokratie zu tun. Es hat mit Macht zu tun. Mit der Tatsache, dass die USA das Imperium dieser Region sind. Und ich hoffe, dass die arabische Welt sich zusammenschließt und den Vereinigten Staaten deutlich macht: Ihr seid das einzige Hindernis für den Frieden. Ihr müsst den Staat Palästina akzeptieren. Ihr müsst aufhören, im UN-Sicherheitsrat euer Veto einzulegen, das die Gründung eines palästinensischen Staates verhindert. Die USA sind das einzige Hindernis für einen palästinensischen Staat in der Welt. Ich sage das auch, weil Israel zwar strikt dagegen ist, aber Israel kann es nicht verhindern. Israel hat kein Veto gegen die Rechte der Palästinenser, ganz im Gegenteil. Der Internationale Gerichtshof hat 2024 sehr deutlich festgestellt, dass das Völkerrecht auf der Seite Palästinas steht. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich dazu sehr klar geäußert. Der UN-Sicherheitsrat hat dazu eine sehr

klare Haltung, aber es gibt das Veto der USA. Ich hoffe also, dass die arabische Welt sich deutlich ausspricht. Das hat sie übrigens schon getan. Nur hören wir es bewusst nicht. Seit 2002 fordert sie Frieden und eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung. Das ist die arabische Friedensinitiative. Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit mit den 57 mehrheitlich muslimischen Ländern unterstützt dies. Mehr als 180 Länder in den Vereinten Nationen unterstützen dies, Israel ist dagegen, weil es ein Großisrael will, und die Vereinigten Staaten wurden bisher im Wesentlichen von der Israel-Lobby in diese Richtung gedrängt.

DL: Meine letzte Frage an Sie, Professor Sachs, bezieht sich auf die Politik der Regierung gegenüber den universitären Einrichtungen in den Vereinigten Staaten. Bei einer engen Auslegung der aktuellen Ereignisse geht es dabei um die Unterdrückung des Rechts, sich an den Universitäten der Vereinigten Staaten für palästinensische Belange einzusetzen. Man könnte dies jedoch auch als Teil eines umfassenderen Angriffs auf die akademische Freiheit betrachten. Als Professor an einer hoch angesehenen Einrichtung in den Vereinigten Staaten, was ist Ihre Meinung dazu? Glauben Sie, dass dies ein Teil eines umfassenderen Angriffs auf die akademische Bewegung ist, der sich abzeichnet?

JS: Zunächst einmal hat das nichts mit Antisemitismus zu tun. Es geht hier um die Israel-Palästina-Frage, die nichts mit Antisemitismus zu tun hat. Das ist, wenn ich das so sagen darf, eine Erfindung. Es ist eine absurde Behauptung, denn in geopolitischen Fragen geht es nicht um Antisemitismus. Es handelt sich um die Frage, wie Frieden im Nahen Osten erreicht werden kann. Das ist also der erste Punkt. Zweitens versucht die Regierung, mit Angst zu regieren. Sie zerrt Studenten mitten in der Nacht aus ihren Zimmern. Sie verhaftet Studenten, wenn sie zu einer Einbürgerungsanhörung erscheinen. Das ist absolut verabscheuungswürdig, wirklich schrecklich. Hinzu kommt ein umfassenderer Angriff auf die Universitäten, der meiner Meinung nach am besten als eine Art Kulturrevolution amerikanischer Prägung beschrieben werden kann. Wir befinden uns mitten in einem Kulturkrieg, der, wie Sie sagen, alle einzelnen Themen, die damit in Verbindung gebracht werden könnten, übersteigt. Dies ist ein Kulturkrieg. Wir wissen, dass während des Kulturkriegs in China die Universitäten geschlossen wurden, das Land einen schrecklichen Rückschlag erlitt, es zu viel Gewalt und Unruhen kam, und die USA befinden sich derzeit in einem Kulturkrieg. Das ist sehr traurig anzusehen.

DL: Vielen Dank, Professor Sachs, dass Sie sich während Ihres Besuchs in Florenz Zeit für uns genommen haben. Ich weiß das sehr zu schätzen.

JS: Es war mir eine Freude, bei Ihnen zu sein. Vielen Dank auch Ihnen.

DL: Ich wünsche Ihnen eine gute Reise.

JS: Vielen Dank.

DL: Danke.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	**PAYPAL:**	**PATREON:**	**BETTERPLACE:**
Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org